



Zustellung gegen Empfangsbekenntnis

TenneT TSO GmbH

Bernecker Str. 70

95448 Bayreuth

Vorab per Mail an:

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
31.03.2022

Mein Zeichen, meine Nachricht vom
4.14.03.02/22-010

☎ 0228

oder 14-0

Bonn
29.06.2022

Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 26 Abs. 2 Nr. 3 KVBG i.V.m. § 13b Abs. 5 EnWG zur Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks Staudinger 5 (BNA0377)

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber der

TenneT TSO GmbH, Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth, vertreten durch die
Geschäftsführung

– Antragstellerin –

unter Beteiligung der Uniper Kraftwerke GmbH, Holzstraße 6, 40221 Düsseldorf,
vertreten durch die Geschäftsführung

– Beigeladene –

wegen

Bundesnetzagentur für
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen

Behördensitz: Bonn
Tulpenfeld 4
53113 Bonn
☎ 0228 14-0

Telefax Bonn
0228 14-8872

E-Mail
poststelle@bnetza.de
Internet
<http://www.bundesnetzagentur.de>

Bitte neue Bankverbindung beachten!
Bundeskasse Weiden
Dt. Bundesbank – Filiale Regensburg
BIC: MARKDEF1750
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07

des Antrags auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlage Staudinger 5 (BNA0377) hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller, am 29.06.2022 entschieden:

1. Der Antrag der Antragstellerin auf Genehmigung der Ausweisung des von der Uniper Kraftwerke GmbH betriebenen Kraftwerkblocks Staudinger 5 (BNA0377) mit einer Leistung in Höhe von 510 MW (Nennleistung) als systemrelevant im Sinne des § 13b Abs. 2 EnWG wird mit einer Geltung vom 22.05.2023 bis zum Ablauf des 31.03.2025 genehmigt.

2. Der Antragstellerin wird aufgegeben, einen möglichen Folgeantrag nach § 13b Abs. 5 Satz 2 EnWG auf Systemrelevanzausweisungsgenehmigung des Kraftwerksblocks Staudinger 5 (BNA377) spätestens bis zum 28.02.2024 bei der Bundesnetzagentur zu stellen, sofern dieser über den 31.03.2025 hinaus systemrelevant ist.

Gründe:

I.

Die Beteiligte, die Betreiberin der Anlage Staudinger 5, nahm an der vierten Ausschreibungsrunde zur Reduzierung der Kohleverstromung nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) für das Zieldatum 2023 teil. Ihr Gebot bezüglich der Anlage Staudinger 5 erhielt am 15.12.2021 einen Zuschlag. Die Bundesnetzagentur informierte am selben Tag die Übertragungsnetzbetreiber, welche Anlagen einen Zuschlag in der vierten Ausschreibungsrunde erhalten haben und machte die Zuschlagserteilungen öffentlich bekannt. Zudem teilte sie mit, dass das Kohleverfeuerungsverbot der bezuschlagten Anlagen gem. § 51 Abs. 2 Nr. 1 lit. c) KVBG am 22.05.2023 wirksam wird. Im Anschluss prüften die Übertragungsnetzbetreiber gemeinsam, welche der betreffenden Anlagen ab dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Kohleverfeuerungsverbots systemrelevant im Sinne von § 13b Absatz 2 Satz 2 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) sind.

Mit Schreiben vom 31.03.2022 stellte die Antragstellerin als verantwortliche Übertragungsnetzbetreiberin bei der Bundesnetzagentur den Antrag nach § 26 Abs. 2 Nr. 2 KVBG i.V.m. § 13b Abs. 5 Nr. 1 EnWG, die von ihr vorgenommene Systemrelevanzausweisung des Blocks Staudinger 5 vom Zeitpunkt des Eintritts des Kohleverfeuerungsverbots bis zum Ablauf des 31.03.2025 zu genehmigen. Zur Begründung stützte sich die Antragstellerin auf die am 8.03.2022 von den Übertragungsnetzbetreibern an die Bundesnetzagentur übermittelte Systemanalyse gem. § 3 Abs. 2 NetzResV (im Folgenden: BA22); für die Beurteilung der Systemrelevanz wurde jedoch allein auf den BA22-Betrachtungszeitraum t+2 (Zeitraum vom 1.04.2023 bis zum 31.03.2024) abgestellt, da erst für diesen Zeitraum das Kohleverfeuerungsverbot wirksam wird. Danach sei Staudinger 5 im robusten Jahreslauf für t+2 auf Grundlage des Netznutzungsfalls (NNF) 250 161 mal und auf Grundlage des NNF 273 233 mal zum Zwecke des Redispatch eingesetzt worden. Zudem sei Staudinger 5 auch in beiden von den ÜNB ausgewiesenen Grenzsituationen zum Redispatch herangezogen worden. Weiterhin sei Staudinger 5 aus Redundanzgründen im Verhältnis zu Staudinger Block 4 (BNA0374) notwendig zur Spannungshaltung bzw. Blindleistungsbereitstellung in der Region. Die Anlage werde bis voraussichtlich 2026 benötigt, bis die am Standort Großkrotzenburg geplante rotierende Phasenschieberanlage in Betrieb genommen werden könne. Als Beleg für die Notwendigkeit von Staudinger 5 zur Spannungshaltung legte die Antragstellerin Spannungsanalysen auf Basis von Snapshots vor, die wiederum auf historischen Netzsituationen basierten.

Die Bundesnetzagentur hat auf diesen Antrag hin das vorliegende Verwaltungsverfahren nach § 66 Abs. 1 EnWG eingeleitet. Mit Schreiben vom 01.06.2022 teilte die Bundesnetzagentur der Anlagenbetreiberin mit, dass sie dem Antrag der Antragstellerin voraussichtlich stattgeben werde und gab der Beigeladenen Gelegenheit zur Stellungnahme. Dabei gab sie auch an, dass sie beabsichtige, die Genehmigung unter dem Vorbehalt des Widerrufs zu erteilen, da die Systemanalysen der Übertragungsnetzbetreiber nicht den gesamten Genehmigungszeitraum erfassen würden.

In ihrer Stellungnahme vom 24.06.2022 teilte die Beigeladene mit, dass sie aus verfassungsrechtlichen Gründen Planungssicherheit benötige, um im rechtssicheren Rahmen und ohne weitere finanzielle Einbußen die endgültige Stilllegung für den Zeitpunkt unmittelbar nach dem Ende der Systemrelevanz vorbereiten zu können. Diese Planungssicherheit würde ihr genommen, wenn die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung mit einem Widerrufsvorbehalt versehen würde. Daneben bestünden Zweifel, ob die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung rechtlich unter Berücksichtigung des Urteils des

Bundesverwaltungsgerichts vom 09.12.2015 (Az.: 6 C 37/14) überhaupt mit einem Widerrufsvorbehalt versehen werden könne.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Akte verwiesen.

II.

Dem Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerkblocks Staudinger 5 (BNA0377) ist beginnend ab dem 22.05.2023 bis zum Ablauf des 31.03.2025 stattzugeben, denn er ist zulässig und aufgrund des Vorliegens der Genehmigungsvoraussetzungen nach § 13b Abs. 5 EnWG auch begründet.

1. Der Antrag ist zulässig. Insbesondere ist die Antragstellerin als systemverantwortlicher Übertragungsnetzbetreiber antragsbefugt. Staudinger 5 befindet sich auch in der Regelzone der Antragstellerin und überschreitet mit einer Nennleistung in Höhe von 510 MW den in § 13b Abs. 5 Satz 1 EnWG benannten Schwellenwert.
2. Die Antragstellerin nimmt mit ihrer Ausweisung der Systemrelevanz zu Recht an, dass Staudinger 5 (BNA0377) systemrelevant ist. Eine Anlage ist gemäß § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG systemrelevant, wenn ihre Stilllegung mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde und diese Gefährdung oder Störung nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden kann. Dabei kann vorliegend weitestgehend dahinstehen, ob die Anlage auch für die Spannungshaltung benötigt wird, da sich die Systemrelevanz von Staudinger 5 vorliegend schon aufgrund der Notwendigkeit der Anlage zum strombedingten Redispatch ergibt.
 - a) Die Voraussetzung einer nicht unerheblichen Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems infolge der Stilllegung ist gegeben, da ohne die Verfügbarkeit des vorstehenden Kraftwerkblocks in besonderen Situationen örtliche Ausfälle des Übertragungsnetzes oder kurzfristige Netzengpässe zu besorgen sind oder zu besorgen ist, dass die Haltung der Netzstabilität durch die Übertragungsnetzbetreiber nicht im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann, was eine Gefährdung der Systemicherheit gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 NetzResV darstellt. Diesbezüglich hat die

Antragstellerin u.a. durch ihren Verweis auf die einschlägige Systemanalyse zur Überzeugung der Bundesnetzagentur dargelegt, dass die verfahrensgegenständliche Anlage zur Behebung von Netzengpässen durch strombedingte Redispatch-Einsätze mindestens bis zum Ablauf des 31.03.2025 benötigt werden, um den vorgenannten Sicherheitsstandard zu gewährleisten. Aufgrund der Notwendigkeit von Staudinger 5 für den strombedingten Redispatch kann daher auch dahinstehen, ob die Anlage wie von der Antragstellerin vorgetragen zur Spannungshaltung benötigt wird. Denn ohne die Verfügbarkeit von Staudinger 5 zum strombedingten Redispatch kann die Systemsicherheit nicht mehr im erforderlichen Maße gewährleistet werden. In den Systemanalysen wird unterstellt, dass kritische Netzsituationen häufig in sogenannten Starkwind-Starklastzeiten auftreten, d. h. in Zeiten, in denen eine hohe Windeinspeisung gleichzeitig zu einer hohen Stromnachfrage auftritt. Die synthetische Woche, aus der die für die Bestimmung des Redispatch- und Netzreservebedarfs maßgebliche bedarfsdimensionierende Stunde abgeleitet wird, wird derart parametrisiert, dass sie eine solche Starkwind-Starklastsituation darstellt.

Nach Rechtsprechung des OLG Düsseldorf ist die Systemrelevanz einer Anlage nach den zuvor beschriebenen Maßstäben dann anzunehmen, wenn die jeweilige Anlage in der bedarfsdimensionierenden Stunde (sog. Grenzsituation) der maßgeblichen Systemanalyse der ÜNB zum Redispatch herangezogen wird (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 19.12.2018, Az.: 3 Kart 117/17 (V) Rn. 73 f.). Dies ist vorliegend der Fall und lässt sich anhand BA 22 belegen, die gemäß § 13b Abs. 2 Satz 3 EnWG zur Begründung der Systemrelevanz von Kraftwerken herangezogen werden soll.

Maßgeblicher Betrachtungszeitraum der BA 22 zur Beurteilung der Systemrelevanz von Staudinger 5 stellt der Betrachtungszeitraum (t+2) dar, da Staudinger 5 erst zum 22.05.2023 dem Verbot der Kohleverfeuerung nach § 51 Abs. 2 Nr. 5 KVBG unterfällt und damit auch bei der Beurteilung der in ein Stilllegungsverbot gem. § 13b Abs. 5 Satz 1 EnWG mündenden Systemrelevanzausweisung dieses Datum bzw. der Zeitraum ab diesem Datum maßgeblich ist. Bei

der bedarfsdimensionierenden Stunde des Betrachtungszeitraums (t+2) handelt es sich um den Netznutzungsfall 250.¹ In der bedarfsdimensionierenden Stunde wird Staudinger 5 zum Redispatch eingesetzt und trägt mit einer Einspeisung in Höhe der verfügbaren Nettonennleistung von 510 MW zur Bedarfsdeckung bei.²

Somit stünde den Übertragungsnetzbetreibern infolge einer stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit der Anlage Staudinger 5 und der damit einhergehenden Reduzierung der Redispatch-Leistung im untersuchten Zeitraum vom 22.05.2022 bis zum 31.03.2025 insgesamt zu wenig Redispatch-Leistung zur Verfügung, um das Übertragungsnetz in den betrachteten Netzsituationen unter Einhaltung des nach § 2 Abs. 2 NetzResV zu gewährleistenden Sicherheitsstandards zu betreiben.

b) Zutreffend geht die Antragstellerin daher davon aus, dass die endgültige Stilllegung der Anlage Staudinger 5 mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde.

§ 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG verlangt nicht, dass ein als *sicher* feststehender Kausalzusammenhang zwischen der stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit der betreffenden Erzeugungseinheit und der Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Betriebs des Übertragungsnetzes vorliegen muss. Es reicht vielmehr aus, dass die Nichtverfügbarkeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs führt. Anlässlich der Systemrelevanzprüfung ist die Antragstellerin daher gehalten, einen entsprechend vorsichtigen Maßstab anzulegen. An die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts sind umso geringere Anforderungen zu stellen, je größer der zu erwartende Schaden und je ranghöher das vom Gesetz geschützte Schutzgut sind (vgl. OLG Düsseldorf, Beschl. v. 19.12.2018, Az.: 3 Kart 117/17 (V) Rn. 89 f.). Diesem Maßstab ist die Antragstellerin vor dem Hintergrund der drohenden Personenschäden und dem volkswirtschaftlichen Schaden infolge

¹ https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/Versorgungssicherheit/Netzreserve/Feststellung_Reservekraftwerksbedarf_2022.pdf?__blob=publicationFile&v=3, S. 59.

² https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/Versorgungssicherheit/Netzreserve/Systemanalysen_UeNB_2022.pdf?__blob=publicationFile&v=5m, S. 181.

eines unkontrollierten flächendeckenden Stromausfalls gerecht geworden. Würden die Netzengpässe, die durch den Einsatz von Staudinger 5 bewirtschaftet werden könnten, nicht behoben, könnten diese andernfalls zu einer thermischen Überlastung der Betriebsmittel der ÜNB und damit auch in der Folge zu (örtlichen) Ausfällen des Netzes führen.

3. Für die Dauer der bis zum 31.03.2025 geltenden Ausweisung stehen keine milderen, gleich geeigneten Maßnahmen zur Verfügung, um die Gefährdungslage zu beseitigen.
4. Nach § 13b Abs. 5 Satz 8 EnWG ist die Ausweisung auf den Umfang der Anlage zu beschränken, der erforderlich ist, um die Gefährdung abzuwenden. Die Antragstellerin durfte die Ausweisung der Systemrelevanz auf die gesamte verfügbare Nennleistung der Anlage beziehen, die für die Netzstabilitätsmaßnahmen der Übertragungsnetzbetreiber herangezogen werden kann, da dessen gesamte Verfügbarkeit auch in der vorstehend genannten Systemanalyse als notwendig erachtet wurde.
5. In zeitlicher Hinsicht ist die Ausweisung gemäß § 13b Abs. 5 Satz 8 EnWG auf den Zeitraum zu beschränken, der erforderlich ist, um die Gefährdung abzuwenden. Dabei soll die Ausweisung gemäß § 13b Abs. 5 Satz 9 EnWG grundsätzlich eine Dauer von 24 Monaten nicht überschreiten. Die Antragstellerin hat dies beachtet. Vorliegend existiert zwar noch keine Systemanalyse i.S.v. § 3 Abs. 2 NetzResV, die eine Aussage über die Systemrelevanz von Staudinger 5 im Jahre 2025 erlaubt. Aufgrund der Lage der Anlage im Netz, der Anzahl der Einsätze im Rahmen der Systemanalysen, flankiert von den als von der Bundesnetzagentur als plausibel und nachvollziehbar eingestuften Spannungsanalysen der Antragstellerin, erscheint die Systemrelevanz von Staudinger nach aktuellem Kenntnisstand auch im Jahre 2025 gegeben zu sein. Daher durfte die Antragstellerin die Systemrelevanzausweisung auf den gesamten beantragten Zeitraum erstrecken. In Ansehung dieser Erwägungen hat die Bundesnetzagentur sich auch dazu entschieden, keinen Widerrufsvorbehalt aufzunehmen.
6. Ein Ermessen kommt der Bundesnetzagentur hinsichtlich der Genehmigungsentscheidung nicht zu, da gemäß § 13b Abs. 5 Satz 4 EnWG der Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung zu genehmigen ist, wenn die

betreffende Anlage systemrelevant ist.

7. Ziffer 2 der Entscheidung basiert auf § 13b Abs. 5 Satz 5 EnWG. Danach kann die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung unter Bedingungen erteilt und mit Auflagen verbunden werden. Zwar trifft das Gesetz keine Regelung, wie lange im Voraus ein betroffener Kraftwerksbetreiber im Falle einer Folgeausweisung über diese zu informieren ist. Indes bestimmt § 13b Abs. 5 Satz 2 EnWG, dass der Übertragungsnetzbetreiber den Antrag auf Genehmigung der Ausweisung nach Prüfung der Anzeige einer Stilllegung *unverzüglich* bei der Bundesnetzagentur zu stellen und zu begründen hat. Damit soll sichergestellt werden, dass durch eine frühzeitige Information die berechtigten Interessen des betroffenen Kraftwerksbetreibers gewahrt und insbesondere durch die Gewähr von Planungssicherheit dessen Belastung so gering wie möglich gehalten werden sollen. Obwohl eine entsprechende Vorschrift für den Fall der Folgeausweisung fehlt, ist der dahinterstehende Rechtsgedanke als Ausdruck des Verhältnismäßigkeitsprinzips übertragbar. Wenngleich der Rechtsbegriff „unverzüglich“, also „ohne schuldhaftes Zögern“, wie in § 121 BGB definiert, in jedem Fall individuell variieren kann, ist es vorliegend angemessen, der Antragstellerin aufzugeben, die Genehmigung einer möglichen Folgesystemrelevanzausweisung bis spätestens Ende Februar 2024 bei der Bundesnetzagentur zu beantragen. Diese geht selbst davon aus, bis zum vorgenannten Zeitpunkt Gewissheit über die Bedeutung des Kraftwerksblocks Staudinger 5 für die Systemicherheit zu haben.

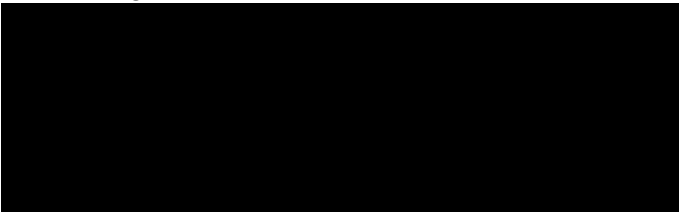
Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht. Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung enthalten, inwieweit diese Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie die Tatsachen und Beweismittel angeben, auf die sich die Beschwerde stützt. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 29.06.2022

Im Auftrag



(Referatsleiterin)